

Der Feind steht rechts, nicht links*)

Bernt Engelmann, geboren 1921 in Berlin, ist freier Schriftsteller. Bis 1964 war er Sonderkorrespondent, u. a. für den „Spiegel“ und das NDR-Fernsehen. Er ist gegenwärtig stellvertretender Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier, Landesverband Bayern. Aus dem PEN-Präsidium trat er im Herbst 1974 aus. Zahlreiche Buchveröffentlichungen.

Die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften sind ohne Zweifel der Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, die Erhaltung und Vermehrung des

*) Ausführlich hat der Autor diesen Abschnitt dargestellt in: Bernt Engelmann, Einig gegen Recht und Freiheit. Deutsches Antigesichtsbuch. Zweiter Teil. München 1975.

sozialen Besitzstands, die Sicherung der Arbeitnehmer vor sozialem Abstieg. Es wäre indessen töricht, diese Aufgaben isoliert und nicht in ihrem politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. In Krisenzeiten kann eine solche Beschränkung auf „das Eigentliche“ geradezu selbstmörderisch sein.

Erinnern wir uns der Situation im Frühjahr 1933. Damals, als sich der Faschismus bei uns bereits installiert, aber noch nicht fest etabliert hatte, gab sich die rechte Restführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) der trügerischen Hoffnung hin, mit politischer Zurückhaltung und strikter Beschränkung auf „das Eigentliche“, den während der Weltwirtschaftskrise schon kräftig benagten sozialen Besitzstand der Arbeitnehmerschaft, einigermaßen wahren und vor allem die Organisation als solche retten zu können. Sie unterbreitete der Hitler-Regierung — wie zuvor der des Generals v. *Schleicher* — entsprechende Angebote, erklärte sich mit der „Eingliederung“ des ADGB in das Naziregime einverstanden und rief die Mitglieder zur disziplinierten Teilnahme an den von den Nazis organisierten Maifeiern auf, im Vertrauen darauf, daß Wohlverhalten vom Gegner mit schonender Behandlung vergolten werden würde.

Wie wir wissen, folgte schon am 2. Mai 1933 der Vernichtungsschlag: Alle Gewerkschaftshäuser wurden von SA besetzt, das gesamte Eigentum des ADGB beschlagnahmt, die Organisation völlig zerschlagen, die Funktionäre — auch die, die sich so sehr angebiedert hatten — kamen ins KZ. Und schon bald nach der Liquidierung der einst stärksten und angesehensten Organisation im Internationalen Gewerkschaftsbund begann auch die Zerschlagung des sozialen Besitzstands, der Abbau aller mühsam erkämpften Rechte.

Dieser kampflose Untergang, dieses jämmerliche Ende des ADGB war indessen nur die unvermeidbare Folge des frühen Verzichts der ADGB-Führung auf die politische Auseinandersetzung mit den halbfaschistischen Regierungen *vor* Hitler und erst recht mit den an die Macht gelangten Nazis. Dazu wäre nämlich, hätte der Kampf erfolgreich sein sollen, ein breites antifaschistisches Aktionsbündnis, auch und besonders mit den jetzt dazu bereiten Kommunisten, nötig gewesen, und davor scheute die — mit dem rechten SPD-Flügel eng verbundene — ADGB-Führung weit mehr zurück als vor der Anbiederung an den Faschismus, zu der sie „um der Erhaltung der Organisation willen“ schließlich bereit war. Sie verkannte dreierlei: Erstens bedeutete der Verzicht auf das linke Bündnis nicht nur die Kapitulation vor der Großoffensive der Konzernherren, die die Krisenangst geschürt, die Arbeitslosigkeit vermehrt und politisch genutzt sowie die Nazis kräftig gefördert hatten; vielmehr bedeutete der Bündnisverzicht und die daraus resultierende Ohnmacht auch die Preisgabe aller jener Werte, derentwegen man vor jedem Zusammengehen mit der KPD zurückschreckte: Demokratie, Parlamentarismus, Grundrechte, Reformen, bürgerliche Wohlanständig-

keit — alles ging dabei verloren, und auch die Organisation konnte nicht gerettet werden, nicht einmal ihre Würde.

Zweitens bedeutete der Bündnisverzicht das Eingeständnis fehlenden Vertrauens in die eigene Kraft. ADGB und SPD wären in einem breiten antifaschistischen Bündnis die mit Abstand stärksten Gruppen gewesen, hätten den Kurs weitgehend bestimmen und sich mit den ungeliebten Partnern in dieser Zweck-Allianz nicht nur zusammen-, sondern auch wenn nötig wieder auseinanderrufen können.

Drittens aber wurde die „Volksfront“, die die ADGB-Führung um buchstäblich jeden Preis hatte verhindern wollen, dennoch Realität, wenn auch zu spät, denn die Nazis (die ohnehin, wie ihre Geldgeber, SPD und KPD stets in einen Topf geworfen hatten) trieben KPD- und ADGB-Funktionäre zusammen in die Folterkeller und KZs. Und dort — wie im Untergrund-Widerstand bis 1945 — hatten die Kommunisten nun auch noch das Übergewicht.

Bleibt die Frage nach den Lehren, die sich aus diesen bitteren Erfahrungen ziehen lassen. Die Anzeichen für eine Wiederholung der alten Fehler mehren sich. Zwar gibt es heute keine Hitler-Partei mehr (und auch keine mit der KPD von 1932/33 stärkemäßig auch nur entfernt vergleichbare kommunistische Gruppe); der Faschismus tritt nicht mehr gestieft und im Braunhemd auf. Selbst der ehemalige „Alte Kämpfer“, SS-Führer und nunmehrige Arbeitgeberpräsident *Hanns Martin Schleyer* und sein Busenfreund *F. J. Strauß* geben sich nicht anders als die alerten Manager, denen sie die Geschäfte besorgen. Aber auch der heutige, sich ungeheuer demokratisch gebärdende, sehr smarte Neokonservatismus ist im Grunde nichts anderes als ein neuer Versuch der alten reaktionären Kräfte, die schon die Nazis an die Macht gehievt haben, wieder unter Ausnutzung von Krisenangst, Ressentiments und Sicherheitsbedürfnis ein autoritäres Regime zu installieren.

Die Antwort der DGB-Führung darf nicht, wie 1932/33, darin bestehen, daß sich die Gewerkschaften eher mit ihren Feinden von rechts arrangieren als mit den Linken in den eigenen Reihen zu kooperieren. Der Kampf gegen den Faschismus, das heißt heute: gegen Konzernherrschaft, Grundrechte-Abbau, Reformen-Blockierung, Aushöhlung der Demokratie, Zensur, Berufsverbot und neuen kalten Krieg, ist noch längst nicht gewonnen. Und der Feind steht immer noch rechts, nicht links, mitunter in der eigenen Organisation.

Die zum Sieg über die fortschrittsfeindlichen Kräfte nötige Allianz bedeutet keineswegs den Verzicht auf geistige Auseinandersetzung mit den Verbündeten, auf Eintreten für Verfolgte in Ländern, wo die Partner an der Macht sind. Es bedeutet nur das Erkennen von Prioritäten, das Vertrauen auf die eigene Stärke und die Anwendung unserer Grundprinzipien, zu denen auch die Toleranz gehört.